

Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2023

<i>Organisationseinheit:</i> Stadtwerke <i>Bearbeitung:</i> Katja Fregien-Blank	<i>Datum</i> 22.10.2025 <i>Verantwortlich:</i> Ilona Windolph
--	--

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Stadtvertretung Sternberg (Entscheidung)	03.12.2025	Ö
Hauptausschuss Sternberg (Vorberatung)	18.11.2025	N
Werkausschuss Sternberg (Vorberatung)	17.11.2025	N

Beschlussvorschlag

1. Der vorgelegte Jahresabschluss der Stadtwerke Sternberg für das Wirtschaftsjahr 2023 wird durch die Stadtvertretung festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen. Um die Leistungsfähigkeit des Betriebes gewerblicher Art (BgA) zu erhalten, werden aus dem Überschuss die Rechnungen für die Erneuerung der mechanische Vorreinigung auf der Kläranlage sowie die Errichtung von PV-Anlagen im Bereich Wasser und Abwasser beglichen.

Sachverhalt

Gemäß § 243 Handelsgesetzbuch ist der Jahresabschluss, in einer dem ordnungsgemäßen Geschäftsgang entsprechenden Zeit, aufzustellen. Der Jahresabschluss 2023 wurde auf Grundlage des § 11 Kommunalprüfungsgesetz (KPG M-V) durch ein vom Innenministerium bestätigtes Unternehmen der Wirtschaftsprüfungs-AG geprüft.

Im Ergebnis der Prüfung bestätigte der Abschlussprüfer: s. Anlage

Finanzielle Auswirkungen

Ja	
Nein	

ÜPL	
APL	

Betrag in €:	
Produktsachkonto:	
Haushaltsjahr:	
Deckungsvorschlag:	

Anlage/n

1	Jahresabschluss Stadtwerke (öffentlich)
---	---

Prüfungsbericht

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg
Sternberg

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023
und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2023

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
A PRÜFUNGSauftrag	1
B GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	2
I Lage des Eigenbetriebs	2
I.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
I.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	2
II Falsche Darstellungen und sonstige Verstöße	3
C GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	3
I Gegenstand der Prüfung	3
II Art und Umfang der Prüfung	3
D FESTSTELLUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	6
I Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	6
I.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	6
I.2 Vorjahresabschluss	6
I.3 Jahresabschluss	6
I.4 Lagebericht	6
II Gesamtaussage des Jahresabschlusses	7
II.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen	7
II.2 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	7
E DARSTELLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE	8
I Vermögenslage	8
II Finanzlage	9
III Ertragslage	10
F FESTSTELLUNGEN ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGRG	11
I Wirtschaftsplan	11
II Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung	11
III Wirtschaftliche Verhältnisse	11
G WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES	13

ANLAGENVERZEICHNIS

Anlage 1	Bilanz und Bereichs-Bilanzen zum 31. Dezember 2023
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung und Bereichs-Gewinn- und Verlustrechnungen für das Wirtschaftsjahr 2023
Anlage 3	Finanzrechnung und Bereichs-Finanzrechnungen 2023
Anlage 4	Anhang für das Wirtschaftsjahr 2023
Anlage 5	Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023
Anlage 6	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
Anlage 7	Rechtliche Grundlagen, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse
Anlage 8	Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023
Anlage 9	Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG (IDW PS 720)
Anlage 10	Soll-Ist-Vergleich zum Wirtschaftsplan 2023
Anlage 11	Darlehensübersicht
Anlage 12	Übersicht über die Ausreichung von Fördermitteln
Anlage 13	Nachkalkulation 2023
Anlage 14	Kennzahlen
Anlage 15	Allgemeine Auftragsbedingungen

<p>Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (EUR, % usw.) auftreten.</p>

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	= Absatz
AbwAG	= Gesetz über die Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz)
AktG	= Aktiengesetz
BetrAVG	= Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
D&O	= Directors and Officers
DRS	= Deutscher Rechnungslegungs Standard
EDV	= Elektronische Datenverarbeitung
EigVO	= Eigenbetriebsverordnung Mecklenburg-Vorpommern
EU	= Europäische Union
EUR	= Euro
e.V.	= eingetragener Verein
GmbH	= Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Grundwerk	= Grundsätze des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern zur Jahresabschlussprüfung kommunaler Wirtschaftsbetriebe
HGB	= Handelsgesetzbuch
HGrG	= Haushaltsgrundsätzegesetz
HR A	= Handelsregister Abteilung A
IDW	= Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
KA	= Kläranlage
KAG	= Kommunalabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern
KPG	= Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
KV	= Kommunalverfassung
LRH	= Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern
mbB	= mit beschränkter Berufshaftung
M-V	= Mecklenburg-Vorpommern
PartG	= Partnerschaftsgesellschaft

PH	=	Prüfungshinweis
PS	=	Prüfungsstandard
PW	=	Pumpwerk
TEUR	=	Tausend Euro
UVgO	=	Unterschwellenvergabeordnung
VgV	=	Vergabeverordnung

A PRÜFUNGSauftrag

Der Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern, handelnd im Namen und für Rechnung des kommunalen Wirtschaftsbetriebes Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg (im Folgenden kurz „Stadtwerke“ oder „Eigenbetrieb“ genannt), hat uns mit Vertrag vom 29. Juni 2023 beauftragt, den Jahresabschluss des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Die BRB Revision und Beratung oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft hat am 11. Januar 2024 unter Wahrung ihrer Identität, ihren rechtlichen Status in eine Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung gewechselt.

Der Prüfungsauftrag wurde um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG erweitert. Über die Ergebnisse dieser Prüfung berichten wir in einem gesonderten Abschnitt des Prüfungsberichtes.

Für die Durchführung der Prüfung finden die Vorschriften des KPG sowie das Grundwerk des LRH in M-V Anwendung. Daneben wurde der IDW-Prüfungshinweis zur Erteilung von Bestätigungsvermerken (PH 9400.3) bei kommunalen Wirtschaftsbetrieben beachtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW PS 450 erstellt. Er richtet sich an das geprüfte Unternehmen.

Maßgebend für die Auftragsdurchführung – auch im Verhältnis zu Dritten – sind die als Anlage 15 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017. Soweit in den für den Auftrag geltenden gesetzlichen Vorschriften eine Haftungshöchstsumme nicht festgelegt ist, bestimmt sich diese nach Nr. 9 der vorbezeichneten Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 dieser Auftragsbedingungen maßgebend.

B GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

I Lage des Eigenbetriebs

I.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs beurteilen die Lage des Eigenbetriebs und die voraussichtliche Entwicklung im Jahresabschluss und im Lagebericht in zusammengefasster Form wie folgt:

- Einem für 2023 geplanten Jahresgewinn von 12 TEUR steht ein tatsächlicher Jahresgewinn in Höhe von 102 TEUR gegenüber, der aus dem Jahresüberschuss im Betriebszweig Abwasserbeseitigung in Höhe von 54 TEUR sowie im Bereich Wasserversorgung in Höhe von 48 TEUR resultiert.
- Die Investitionen für das Jahr 2023 waren mit einem Volumen von 300 TEUR geplant, davon im Bereich Wasserversorgung 150 TEUR und im Bereich Abwasserbeseitigung 150 TEUR. Im Abwasserbereich wurden 332 TEUR über dem Planansatz investiert, weil Baumaßnahmen aus dem Vorjahr realisiert wurden. Im Betriebszweig Trinkwasser wurde der Planansatz mit 113 TEUR unterschritten, da die Baumaßnahme Trinkwasserleitung am Maikamp nicht realisiert wurde.
- Die im Wirtschaftsplan vorgegebenen Umsatzerlöse der Wasserversorgung von 552 TEUR bzw. der Abwasserbeseitigung von 925 TEUR wurden mit 542 TEUR bzw. 1.136 TEUR realisiert.
- Für das Wirtschaftsjahr 2024 wird ein Jahresgewinn von 4 TEUR erwartet.
- Die Stadtwerke gehen in ihrer Finanz- und Erfolgsplanung davon aus, dass auch mittelfristig ausgeglichene Jahresergebnisse erzielt werden können.
- Drohende finanzielle Belastungen oder Verpflichtungen bestehen für den Eigenbetrieb nicht.

Die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die Bürgermeisterin im Lagebericht halten wir für zutreffend.

I.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Nach unserer Einschätzung liegen keine Tatsachen im Sinne von § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB vor, die den Bestand des geprüften Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können.

II Falsche Darstellungen und sonstige Verstöße

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine falschen Darstellungen und sonstigen Verstöße festgestellt.

C GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

I Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung und der nach den landesrechtlichen Vorschriften der EigVO aufgestellte Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung, Bereichsrechnungen sowie Anhang - und Lagebericht des Eigenbetriebs.

Für die Rechnungslegung nach der EigVO finden hinsichtlich der Bilanzierung und Bewertung, Anhang und Lagebericht grundsätzlich die für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB sinngemäß Anwendung.

Die Prüfung umfasst auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG. Hierzu wurde der vom IDW veröffentlichte IDW-Prüfungsstandard „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG“ (IDW PS 720) beachtet.

Die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die uns gegenüber gemachten Angaben liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter. Unsere Aufgabe ist es, die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Abschlussprüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

II Art und Umfang der Prüfung

Bei der Durchführung der Prüfung haben wir die Vorschriften der § 317 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung risikoorientiert ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung so geplant und durchgeführt, dass falsche Darstellungen auf-grund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern, die sich auf die Darstellung des den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Die hierzu notwendige Risikoanalyse basiert auf der Einschätzung der Lage, der Geschäftsrisiken und des Umfeldes sowie des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Unternehmens. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse wurden bei der Planung unserer Prüfungshandlungen berücksichtigt. Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm haben wir die Schwerpunkte unserer Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern – unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung – festgelegt.

Im Rahmen der Prüfungsstrategie wurden folgende Prüfungsschwerpunkte gesetzt:

- Nachweis und Bewertung des Sachanlagevermögens
- Nachweis und Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Umsatzrealisierung
- Vollständigkeit der Angaben im Anhang und Lagebericht
- die Nachkalkulationen bzw. Berechnung der Rückstellungen für Kostenüberdeckungen

Weiterhin haben wir folgende Standardprüfungshandlungen vorgenommen:

- Übernahme der Eröffnungsbilanzwerte aus dem Vorjahresabschluss und zusätzliche Prüfungshandlungen zur Richtigkeit der nicht von uns geprüften Vorjahreswerte
- Auswertung der Bestätigungsschreiben von Kreditinstituten, Rechtsanwälten und des Steuerberaters

Aussagebezogene Prüfungshandlungen (analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen) wurden überwiegend in Stichproben durchgeführt. Die Auswahl der Stichproben erfolgte nach berufsüblichen Grundsätzen.

Im Rahmen unserer Prüfung des Lageberichts haben wir geprüft, ob der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den landesrechtlichen Vorschriften der

EigVO entspricht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens vermittelt. Weiterhin haben wir geprüft, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens zutreffend dargestellt sind.

Wir haben die Prüfung mit Unterbrechungen in den Monaten Januar bis August 2025 durchgeführt und am 5. August 2025 abgeschlossen.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die gesetzlichen Vertreter haben uns die Vollständigkeit dieser Aufklärungen und Nachweise sowie der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

D FESTSTELLUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

I.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen sind nach unseren Feststellungen ordnungsgemäß und entsprechen in allen wesentlichen Belangen den landesrechtlichen Vorschriften der EigVO.

I.2 Vorjahresabschluss

Der von der ACCO GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Dresden, geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde am 14. November 2023 durch die Stadtvertretung der Stadt Sternberg festgestellt.

Es wurde beschlossen den Jahresüberschuss in Höhe von 21.397,11 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Dem Bürgermeister der Stadt Sternberg sowie dem Werksleiter wurde Entlastung erteilt.

Der Vorjahresabschluss wurde gemäß § 14 Abs. 5 KPG publiziert.

I.3 Jahresabschluss

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte entsprechend der landesrechtlichen Vorschriften der EigVO unter Anwendung der handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Der Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen entwickelt. Die landesrechtlichen Vorschriften der EigVO zur Gliederung, Bilanzierung und Bewertung sowie zur Finanzrechnung, den Bereichsrechnungen und zum Anhang wurden in allen wesentlichen Belangen beachtet.

I.4 Lagebericht

Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den landesrechtlichen Vorschriften der EigVO.

II Gesamtaussage des Jahresabschlusses

II.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und sind im Anhang dargestellt (vgl. Anlage 4).

II.2 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss vermittelt nach unserer Beurteilung insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs.

E DARSTELLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE

I Vermögenslage

Die Vermögenslage des Eigenbetriebs wird anhand der nachfolgend wiedergegebenen Zusammenfassung der einzelnen Bilanzposten nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten dargestellt und kommentiert. Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind als langfristig behandelt.

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Vermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	0,1	11	0,1	-2
Sachanlagen	14.891	84,1	14.909	82,2	-18
Langfristiges Vermögen	(1) 14.900	84,2	14.920	82,3	-20
Vorräte	10	0,1	10	0,1	0
Kundenforderungen	119	0,7	109	0,6	10
Forderungen gegen die Gemeinde	22	0,1	186	1,0	-164
Übrige kurzfristige Aktiva	9	0,0	19	0,1	-10
Liquide Mittel	(2) 2.639	14,9	2.879	15,9	-240
Kurzfristiges Vermögen	2.799	15,8	3.203	17,7	-404
	<u>17.699</u>	<u>100,0</u>	<u>18.123</u>	<u>100,0</u>	<u>-424</u>
Kapital					
Gezeichnetes Kapital	25	0,1	25	0,1	0
Kapitalrücklage	5.166	29,2	5.166	28,5	0
Gewinnvortrag	5.051	28,5	5.030	27,8	21
Jahresüberschuss	102	0,6	21	0,1	81
Sonderposten	5.671	32,0	5.902	32,6	-231
Wirtschaftliches Eigenkapital	16.015	90,4	16.144	89,1	-129
Langfristige Verbindlichkeiten	(3) 918	5,2	1.003	5,5	-85
Langfristiges Fremdkapital	918	5,2	1.003	5,5	-85
Kurzfristige Rückstellungen	524	3,0	565	3,1	-41
Bankverbindlichkeiten	(3) 87	0,5	87	0,5	0
Lieferantenverbindlichkeiten	129	0,7	97	0,5	32
Übrige kurzfristige Passiva	26	0,2	227	1,3	-201
Kurzfristiges Fremdkapital	766	4,4	976	5,4	-210
	<u>17.699</u>	<u>100,0</u>	<u>18.123</u>	<u>100,0</u>	<u>-424</u>

Zu (1) Den Zugängen des **Anlagevermögens** in Höhe von 519 TEUR stehen Abschreibungen von 540 TEUR gegenüber.

Zu (2) Hinsichtlich der Entwicklung der **liquiden Mittel** verweisen wir auf die Finanzrechnung in Anlage 3.

Zu (3) Zur Entwicklung der **Bankverbindlichkeiten** verweisen wir auf die Darlehensübersicht in Anlage 11.

Im Übrigen verweisen wir hinsichtlich der Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten auf die Ausführungen im Erläuterungsteil (Anlage 8).

II Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der Kapitalflussrechnung nach DRS 21 aufgezeigt (vgl. Anlage 3 dieses Berichts).

Der Finanzmittelfonds hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 240 TEUR auf 2.639 TEUR vermindert.

Im Wirtschaftsjahr 2023 war die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebs zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

III Ertragslage

Nachstehend geben wir eine Übersicht über die verschiedenen Ertrags- und Aufwandsarten, die wir in zusammengefasster Form und im Vergleich mit dem Vorjahr darstellen. Dabei haben wir die verschiedenen Erträge und Aufwendungen jeweils in ein prozentuales Verhältnis zu den betrieblichen Erträgen gesetzt.

	<u>2023</u>		<u>2022</u>		<u>Veränderung</u>
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>
Umsatzerlöse	1.684	86,4	1.360	82,7	324
Eigenleistung	14	0,7	15	0,9	-1
Übrige Erträge	250	12,8	269	16,4	-19
Betriebliche Erträge	<u>1.948</u>	<u>99,9</u>	<u>1.644</u>	<u>100,0</u>	<u>304</u>
Materialaufwand	-713	-36,6	-528	-32,1	-185
Personalaufwand	-511	-26,2	-493	-30,0	-18
Abschreibungen	-540	-27,7	-494	-30,0	-46
Sonstiger Betriebsaufwand	-85	-4,4	-116	-7,1	31
Steuern (ohne Ertragsteuern)	-6	-0,3	-1	-0,1	-5
Betrieblicher Aufwand	<u>-1.855</u>	<u>-95,2</u>	<u>-1.632</u>	<u>-99,3</u>	<u>-223</u>
Betriebsergebnis	<u>93</u>	<u>4,7</u>	<u>12</u>	<u>0,7</u>	<u>81</u>
Finanzergebnis	13		9		4
Ergebnis vor Ertragsteuern	<u>106</u>		<u>21</u>		<u>85</u>
Ertragsteuern	-4		0		-4
Jahresergebnis	<u>102</u>		<u>21</u>		<u>81</u>

F FESTSTELLUNGEN ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGRG

I Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr wurde auf der Stadtvertretersitzung am 6. September 2022 beschlossen. Die amtliche Bekanntmachung erfolgte auf der Internetseite des Eigenbetriebs.

Eine Gegenüberstellung der Ansätze des Wirtschaftsplans und der Ist-Zahlen ist in der Anlage 10 enthalten.

II Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß auch die Vorschriften von § 53 HGrG beachtet. Die erforderlichen Feststellungen haben wir in Anlage 9 zu diesem Bericht dargestellt.

Unsere Prüfung hat keine an dieser Stelle hervorzuhebenden Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von wesentlicher Bedeutung sind.

III Wirtschaftliche Verhältnisse

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs geben keinen Anlass zur Beanstandung.

• Eigenkapital

Die Eigenkapitalquote des Eigenbetriebs beträgt am Bilanzstichtag 58,3 % (Vorjahr 56,5 %). Damit liegt der Eigenbetrieb über der im Grundwerk vorgegebenen Mindesteigenkapitalausstattung von 30 %.

• Nachkalkulation

Die Nachkalkulation im Sinne des KAG zum 31. Dezember 2023 beinhaltet eine mitlaufende Kalkulation in Form einer Gebührenzwischenabrechnung innerhalb des Kalkulationszeitraumes vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024 zur Ermittlung der Kostenüber- bzw. -unterdeckung.

Für das Berichtsjahr 2023 wurde, wie auch im Vorjahr, eine kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung von 6,5 % berücksichtigt.

Die Nachkalkulation, deren Ergebnis diesem Bericht als Anlage 13 beigelegt ist, wurde von uns auf Plausibilität geprüft; es ergaben sich keine Beanstandungen.

- **Bereichsrechnungen**

Bereichsrechnungen sind für die Bereiche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erstellt und als Anlagen 1-3 dem Prüfungsbericht beigelegt worden.

- **Sachverhalte mit einigem Gewicht**

Im Wirtschaftsjahr 2023 haben sich keine Sachverhalte mit einigem Gewicht (z. B. außergewöhnliche Grundstückskäufe bzw. -verkäufe, Rechtsstreitigkeiten) ergeben, über die gesondert zu berichten wäre.

G WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie der Finanzrechnung, den Bereichsrechnungen und dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen Rechtsform bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN***Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 13 Abs. 3 KPG M-V******Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen***

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Eigenbetriebs i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 KPG M-V haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs Anlass geben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.“

Bei der Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird.

Schwerin, 5. August 2025

BRB Revision und Beratung PartG mbB

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



F. Lilje
Wirtschaftsprüfer

G. Matlok
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg

Bilanz zum 31. Dezember 2023

A K T I V A

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.690,09	10.853,62
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	296.294,24	317.663,55
2. Technische Anlagen und Maschinen	13.769.103,99	14.133.705,11
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	156.506,14	33.046,37
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>669.053,24</u>	<u>425.079,28</u>
	<u>14.890.957,61</u>	<u>14.909.494,31</u>
	<u>14.899.647,70</u>	<u>14.920.347,93</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.630,20	9.630,20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	118.879,07	108.647,57
2. Forderungen gegen die Gemeinde	22.363,62	185.636,38
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>9.867,41</u>	<u>19.451,76</u>
	151.110,10	313.735,71
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>2.638.550,74</u>	<u>2.878.849,36</u>
	<u>2.799.291,04</u>	<u>3.202.215,27</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>41,56</u>	<u>0,00</u>
	<u>17.698.980,30</u>	<u>18.122.563,20</u>

PASSIVA

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	5.166.484,95	5.166.484,95
III. Gewinn-/Verlustvortrag	5.050.974,02	5.029.576,91
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>101.853,35</u>	<u>21.397,11</u>
10.344.312,3210.242.458,97
B. SONDERPOSTEN		
I. Sonderposten für Ertragszuschüsse	1.545.592,45	1.649.384,03
II. Sonderposten zum Anlagevermögen	<u>4.125.311,33</u>	<u>4.252.141,64</u>
5.670.903,785.901.525,67
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	558,08	7.796,08
2. Sonstige Rückstellungen	<u>523.170,00</u>	<u>556.646,00</u>
523.728,08564.442,08
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.004.837,75	1.089.923,87
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	129.364,94	97.039,97
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>25.833,43</u>	<u>226.935,26</u>
1.160.036,121.413.899,10
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>0,00</u>	<u>237,38</u>
17.698.980,3018.122.563,20

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg
- Teilbereich Wasserversorgung -
Bilanz zum 31. Dezember 2023

A K T I V A

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.690,09	10.082,72
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	116.716,31	121.417,71
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.589.558,71	3.631.558,63
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.239,94	24.629,12
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>34.139,13</u>	<u>95.094,19</u>
	<u>3.758.654,09</u>	<u>3.872.699,65</u>
3.767.344,183.882.782,37
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.630,20	9.630,20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	48.166,23	51.159,94
2. Forderungen gegen die Gemeinde	3.232,32	3.587,71
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>9.867,41</u>	<u>19.451,76</u>
	61.265,96	<u>74.199,41</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>104.154,32</u>	<u>297.336,71</u>
175.050,48381.166,32
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	<u>41,56</u>	<u>0,00</u>
	<u>3.942.436,22</u>	<u>4.263.948,69</u>

PASSIVA

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	7.000,00	7.000,00
II. Kapitalrücklage	599.792,33	599.792,33
III. Gewinn-/Verlustvortrag	963.853,32	986.103,19
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>47.778,03</u>	<u>-22.249,87</u>
	<u>1.618.423,68</u>	<u>1.570.645,65</u>
B. SONDERPOSTEN		
I. Sonderposten für Ertragszuschüsse	49.361,94	50.526,06
II. Sonderposten zum Anlagevermögen	<u>187.578,01</u>	<u>193.812,29</u>
	<u>236.939,95</u>	<u>244.338,35</u>
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	558,08	7.796,08
2. Sonstige Rückstellungen	<u>33.800,00</u>	<u>67.826,00</u>
	<u>34.358,08</u>	<u>75.622,08</u>
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50.926,27	71.489,40
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem anderen Betriebszweig	1.991.393,96	2.191.393,96
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>10.394,28</u>	<u>110.221,87</u>
	<u>2.052.714,51</u>	<u>2.373.105,23</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>0,00</u>	<u>237,38</u>
	<u>3.942.436,22</u>	<u>4.263.948,69</u>

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg
- Teilbereich Abwasserentsorgung -
Bilanz zum 31. Dezember 2023

A K T I V A

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	770,90
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	179.577,93	196.245,84
2. Technische Anlagen und Maschinen	10.179.545,28	10.502.146,48
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	138.266,20	8.417,25
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>634.914,11</u>	<u>329.985,09</u>
	<u>11.132.303,52</u>	<u>11.036.794,66</u>
11.132.303,5211.037.565,56
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	70.712,84	57.487,63
2. Forderungen gegen den anderen Betriebszweig	1.991.393,96	2.191.393,96
3. Forderungen gegen die Gemeinde	<u>19.131,30</u>	<u>182.048,67</u>
	2.081.238,10	2.430.930,26
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>2.534.396,42</u>	<u>2.581.512,65</u>
4.615.634,525.012.442,91
	<u>15.747.938,04</u>	<u>16.050.008,47</u>

PASSIVA

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	18.000,00	18.000,00
II. Kapitalrücklage	4.566.692,62	4.566.692,62
III. Gewinn-/Verlustvortrag	4.087.120,70	4.043.473,72
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>54.075,32</u>	<u>43.646,98</u>
	8.725.888,64	8.671.813,32
B. SONDERPOSTEN		
I. Sonderposten für Ertragszuschüsse	1.496.230,51	1.598.857,97
II. Sonderposten zum Anlagevermögen	<u>3.937.733,32</u>	<u>4.058.329,35</u>
	5.433.963,83	5.657.187,32
C. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	<u>489.370,00</u>	<u>488.820,00</u>
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.004.837,75	1.089.923,87
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	78.438,67	25.550,57
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>15.439,15</u>	<u>116.713,39</u>
	1.098.715,57	1.232.187,83
	<u>15.747.938,04</u>	<u>16.050.008,47</u>

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	1.683.681,64	1.359.792,85
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	13.814,56	15.279,91
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.157,50	1.317,02
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-498.601,63	-297.185,47
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-214.275,87	-237.848,27
c) Verrechnung	<u>0,00</u>	<u>6.912,00</u>
	-712.877,50	-528.121,74
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-413.373,28	-397.848,01
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-97.953,01	-95.337,85
- davon für Altersversorgung: 20.251,35 EUR (Vorjahr: 18.131,27 EUR)		
	<u>-511.326,29</u>	<u>-493.185,86</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-539.757,95	-493.952,84
7. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	246.161,71	268.239,82
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-85.473,61	-115.478,76
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.283,55	13.867,63
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.584,38	-4.943,65
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-3.920,00</u>	<u>0,00</u>
12. Ergebnis nach Steuern	108.159,23	22.814,38
13. Sonstige Steuern	<u>-6.305,88</u>	<u>-1.417,27</u>
14. Jahresüberschuss	<u><u>101.853,35</u></u>	<u><u>21.397,11</u></u>

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg
- Teilbereich Wasserversorgung -
Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2023

	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	542.704,57	479.116,51
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.943,00	3.918,33
3. Sonstige betriebliche Erträge	185,86	323,86
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-85.922,05	-72.605,40
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-34.037,59	-24.099,68
	-119.959,64	-96.705,08
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-155.688,85	-173.439,32
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-38.843,30	-41.966,03
- davon für Altersversorgung: 12.224,09 EUR (9.975,38 EUR)		
	-194.532,15	-215.405,35
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-152.709,80	-146.973,24
7. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	10.938,22	10.328,09
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-29.833,61	-53.565,50
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.100,50	-2.402,21
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.920,00	0,00
11. Ergebnis nach Steuern	53.715,95	-21.364,59
12. Sonstige Steuern	-5.937,92	-885,28
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	47.778,03	-22.249,87

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg
- Teilbereich Abwasserentsorgung -
Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2023

	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	1.140.977,07	887.588,34
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	11.871,56	11.361,58
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.971,64	993,16
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-412.679,58	-224.580,07
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-180.238,28	-213.748,59
	-592.917,86	-438.328,66
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-257.684,43	-224.408,69
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-59.109,71	-53.371,82
- davon für Altersversorgung: 8.027,26 EUR (Vorjahr: 8.155,89 EUR)		
	-316.794,14	-277.780,51
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-387.048,15	-346.979,60
7. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	235.223,49	257.911,73
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-55.640,00	-61.913,26
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.283,55	13.867,63
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.483,88	-2.541,44
11. Ergebnis nach Steuern	54.443,28	44.178,97
12. Sonstige Steuern	-367,96	-531,99
13. Jahresüberschuss	54.075,32	43.646,98

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg Jahresabschluss zum 31.12.2023 Finanzrechnung			
		2023	2022
1	Periodenergebnis	102	21
2	Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	540	494
3	Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-33	-137
4	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	-246	-268
5	Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind*	373	-18
6	Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind*	-369	229
7	Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	1
8	Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	-14	0
9	Sonstige Beteiligungserträge (-)	0	0
10	Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	0	0
11	Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	4	0
12	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
13	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
14	Ertragsteuerzahlungen (-/+)	-11	0
15	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	346	322
16	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	0	0
17	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	-1	0
18	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	0	0
19	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-518	-852
20	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	0	0
21	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)	0	0
22	Einzahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)	0	0
23	Auszahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)	0	0
24	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
25	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
26	Erhaltene Zinsen (+)	20	0
27	Erhaltene Dividenden (+)	0	0
28	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-499	-852
29	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)	0	0
30	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)	0	0
31	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	0	0
	- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
	- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
32	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-85	-85
	- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	-85	-85
	- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
33	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)	4	125
	a) von der Gemeinde	4	125
	b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0
	c) von sonstigen Dritten	0	0
34	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
35	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
36	Gezahlte Zinsen (-)	-6	0
37	Gezahlte Dividenden (-)	0	0
38	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-87	40
39	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-240	-490
40	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds (+/-)	0	0
41	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	2.879	3.369
42	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.639	2.879
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds			
	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.639	2.879
	jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören	0	0

* ohne Forderungen/Verbindlichkeiten gegenüber anderen Bereichen

Angaben in TEUR

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg
Jahresabschluss zum 31.12.2023
Finanzrechnung - Bereich Wasserversorgung

	2023	2022
1 Periodenergebnis	48	-22
2 Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	153	147
3 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-34	-60
4 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	-11	-10
5 Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	14	-18
6 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-319	110
7 Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	1
8 Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	1	0
9 Sonstige Beteiligungserträge (-)	0	0
10 Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	0	0
11 Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	4	0
12 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
13 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
14 Ertragsteuerzahlungen (-/+)	-11	0
15 Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-155	148
16 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	0	0
17 Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	-1	0
18 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	0	0
19 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-36	-214
20 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	0	0
21 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)	0	0
22 Einzahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)	0	0
23 Auszahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)	0	0
24 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
25 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
26 Erhaltene Zinsen (+)	0	0
27 Erhaltene Dividenden (+)	0	0
28 Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-37	-214
29 Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)	0	0
30 Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)	0	0
31 Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	0	0
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
32 Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	0	0
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
33 Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)	0	0
a) von der Gemeinde	0	0
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0
c) von sonstigen Dritten	0	0
34 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
35 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
36 Gezahlte Zinsen (-)	-1	0
37 Gezahlte Dividenden (-)	0	0
38 Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1	0
39 Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-193	-66
40 Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds (+/-)	0	0
41 Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	297	363
42 Finanzmittelfonds am Ende der Periode	104	297
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	104	297
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören	0	0

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg
Jahresabschluss zum 31.12.2023
Finanzrechnung - Bereich Abwasserentsorgung

	2023	2022
1 Periodenergebnis	54	44
2 Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	387	347
3 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	1	-77
4 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	-235	-258
5 Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	359	-1
6 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-50	117
7 Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
8 Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	-15	0
9 Sonstige Beteiligungserträge (-)	0	0
10 Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	0	0
11 Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	0	0
12 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
13 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
14 Ertragsteuerzahlungen (-/+)	0	0
15 Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	501	172
16 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	0	0
17 Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	0	0
18 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	0	0
19 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-482	-637
20 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	0	0
21 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)	0	0
22 Einzahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)	0	0
23 Auszahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)	0	0
24 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
25 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
26 Erhaltene Zinsen (+)	20	0
27 Erhaltene Dividenden (+)	0	0
28 Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-462	-637
29 Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)	0	0
30 Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)	0	0
31 Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	0	0
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
32 Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-85	-85
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	-85	-85
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
33 Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)	4	125
a) von der Gemeinde	4	125
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0
c) von sonstigen Dritten	0	0
34 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
35 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
36 Gezahlte Zinsen (-)	-5	0
37 Gezahlte Dividenden (-)	0	0
38 Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-86	40
39 Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-47	-425
40 Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds (+/-)	0	0
41 Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	2.581	3.006
42 Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.534	2.581
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.534	2.581
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören	0	0

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2023

1. Allgemeine Angaben

Der Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg wird im Handelsregister des Amtsgerichts Schwerin unter der Nummer HRA 2666 geführt.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der besonderen Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für Mecklenburg-Vorpommern (EigVO M-V) aufgestellt.

2. Angaben zur Bilanz und den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgt nach den fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Herstellungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Einzelkosten und die auf die Herstellung entfallenden angemessenen Gemeinkosten.

Die Abschreibungen wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear ermittelt. Seit dem Wirtschaftsjahr 2018 werden geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800,00 EUR netto im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben.

Die Vorräte sind durch eine körperliche Bestandsaufnahme nachgewiesen. Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert bilanziert. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind unter Berücksichtigung des erkennbaren Ausfallrisikos bewertet. Die Forderungen haben eine Laufzeit von unter einem Jahr.

Die Bankguthaben werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

	Stand 01.01.2023 in EUR	Abgang in EUR	Zugang in EUR	Stand 31.12.2023 in EUR
Stammkapital	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00
Allgemeine Rücklage	5.166.484,95	0,00	0,00	5.166.484,95
Gewinn der Vorjahre	5.029.576,91	0,00	21.397,11	5.050.974,02
Jahresgewinn	21.397,11	21.397,11	101.853,35	101.853,35
Summe Eigenkapital	10.242.458,97	21.397,11	123.250,46	10.344.312,32

Fördermittel wurden dem Sonderposten zum Anlagevermögen - Investitionszuschüsse zugeführt. Investitionszuschüsse, verrechnete Abwasserabgabe gemäß § 10 AbwAG und die Beiträge Nutzungsberechtigter werden gemäß § 33 Abs. 4-6 EigVO entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst und gesondert ausgewiesen.

Entwicklung der Investitionszuschüsse:

	EUR
Stand 01.01.2023	4.252.141,64
Zugang	0,00
Auflösung	- 126.830,31
Stand 31.12.2023	<u>4.125.311,33</u>

Die Beiträge Nutzungsberechtigter entwickelten sich wie folgt:

	EUR
Stand 01.01.2023	1.649.384,03
Zugang	0,00
Auflösung	- 103.791,58
Stand 31.12.2023	<u>1.545.592,45</u>

Die Beiträge Nutzungsberechtigter sind durch die Anforderungen und Verträge nachgewiesen. Es handelt sich um einmalige Beiträge und Hausanschlusskostenerstattungen.

Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen. Sie sind in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages passiviert, der nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2023 in EUR	Zuführung in EUR	Inanspruch- nahme /Auflösung in EUR	Stand 31.12.2023 in EUR
Ausstehende Rechnungen	5.000,00	500,00	5.000,00	500,00
Trinkwasserabgabe	35.676,00	0,00	35.676,00	0,00
Urlaubsverpflichtungen	8.300,00	12.400,00	8.300,00	12.400,00
Interne Jahresabschluss- kosten	9.600,00	10.450,00	9.600,00	10.450,00
Verwaltungskostenuml.	2.250,00	1.000,00	2.250,00	1.000,00
Jahresabschlussprüfung	5.500,00	4.950,00	5.500,00	4.950,00
Steuerberatung	1.500,00	4.500,00	1.500,00	4.500,00
Gesamt Wasser	67.826,00	33.800,00	68.826,00	33.800,00
Ausstehende Rechnungen	5.000,00	500,00	5.000,00	500,00
Urlaubsverpflichtungen	9.200,00	4.400,00	9.200,00	4.400,00
Interne Jahresabschluss- kosten	9.600,00	10.450,00	9.600,00	10.450,00
Verwaltungskostenuml.	2.250,00	1.000,00	5.500,00	1.000,00
Jahresabschlussprüfung	5.500,00	4.950,00	5.500,00	4.950,00
Abwasserabgabe	39.300,00	14.200,00	15.900,00	37.600,00
Klärschlammabeseitigung	50.000,00	60.000,00	50.000,00	60.000,00
Ungewisse Verbindlichkei- ten aus Kostenüberde- ckung	367.970,00	0,00	0,00	367.970,00
Rechtsstreitigkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt Abwasser	488.820,00	98.000,00	97.450,00	489.370,00
Insgesamt	556.646,00	131.800,00	166.276,00	523.170,00

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen.

	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr in TEUR	davon mit einer Rest- laufzeit von mehr als einem Jahr in TEUR	davon mit einer Rest- laufzeit von mehr als fünf Jahren in TEUR	insgesamt in TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	87	918	574	1.005
(Vorjahr)	87	1.003	658	1.090
Verbindlichkeiten aus Liefe- rungen und Leistungen	129	0	0	129
(Vorjahr)	97	0	0	97
Sonstige Verbindlichkeiten	26	0	0	26
(Vorjahr)	227	0	0	227
Insgesamt	242	918	574	1.160
(Vorjahr)	411	1.003	658	1.414

Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB sowie wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, existieren nicht.

3. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die <u>Umsatzerlöse</u> setzen sich wie folgt zusammen	2022 TEUR	2023 TEUR
Abwassergebühren	888	1.141
Wassergebühren	479	543
Insgesamt	1.360	1.684
Zusammensetzung des <u>Personalaufwandes</u>	2022 EUR	2023 EUR
Löhne und Gehälter	400	413
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	93	98
Insgesamt	493	511

Im Berichtsjahr waren 8 Voll- und Teilzeitmitarbeiter (6 Voll-, 2 Teilzeitmitarbeiter) beschäftigt.

Der Eigenbetrieb ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern (ZMV). Alle Arbeitgeber im öffentlichen Dienst sind verpflichtet, ihre Mitarbeiter bei der Zu-

satzversorgung anzumelden und sowohl Umlagen als auch einen Zusatzbeitrag für die betriebliche Altersvorsorge zu entrichten. Im Berichtsjahr betrug der Umlagesatz 1,3% und der Zusatzbeitrag 4,8% des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage), wobei der Arbeitnehmerbeitrag am Umlagesatz ganzjährig 0,0 % sowie am Zusatzbeitrag 2,4 % betrug.

Die Gesamtaufwendungen des Eigenbetriebes für die Zusatzversorgung betrugen im Wirtschaftsjahr 2022 T€ 16. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht der Eigenbetrieb für die Erfüllung der zugesagten Leistungen ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Die Abschreibungen wurden grundsätzlich linear gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 und 2 HGB vorgenommen.

Der Jahresgewinn beträgt € 101.853,35 (Vorjahr Jahresgewinn € 21.397,11). Es wird vorgeschlagen, den Gewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

	2022 EUR	2023 EUR
Der Jahresgewinn setzt sich folgendermaßen zusammen		
Jahresgewinn Betriebszweig Wasserversorgung	-22.249,87	47.778,03
Jahresgewinn Betriebszweig Abwasserbeseitigung	43.646,98	54,075,32
Insgesamt	21.397,11	101.853,35

1. Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind, haben sich bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht ergeben.

Gesetzlicher Vertreter	Herr Armin Taubenheim, Bürgermeister bis: 30.04.2023 Frau Kathrin Haese, Bürgermeisterin ab 01.05.2023
Werksausschuss:	Herr Hans-Peter Biemann, Brunnenbaumeister Herr Manfred Schade, Dipl.-Ing. f. Holzbau Frau Annett Wendland, Postzusteller Herr Dirk-Egbert Unger, Bauingenieur Herr Sven Parwulski, Geschäftsführer Herr Jörg Rettich, Fischwirtschaftsmeister Herr Christian Jantzen, Betriebsleiter

An die Werkausschussmitglieder wurden für fünf Sitzungen insgesamt € 1.080,00 an Aufwandsentschädigungen gezahlt.

Der Bürgermeister als gesetzlicher Vertreter des Eigenbetriebes erhält vom Eigenbetrieb keine Vergütung.

Für das Honorar des Abschlussprüfers für Abschlussprüfungsleistungen wurden 9.900 € zurückgestellt. Weitere Leistungen wurden durch den Jahresabschlussprüfer nicht erbracht.

Sternberg, 03.07.2025



K. Haese

Bürgermeisterin

Anlagenspiegel

Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				31. Dez. 2023 EUR
	1. Jan. 2023 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	35.947,53	1.230,60	0,00	0,00	37.178,13
SACHANLAGEN					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	762.821,59	0,00	0,00	0,00	762.821,59
Technische Anlagen und Maschinen	30.033.288,98	13.810,77	111.670,73	0,00	30.158.770,48
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	309.503,43	148.371,66	0,00	0,00	457.875,09
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	425.079,28	355.644,69	-111.670,73	0,00	669.053,24
	<u>31.530.693,28</u>	<u>517.827,12</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>32.048.520,40</u>
	<u>31.566.640,81</u>	<u>519.057,72</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>32.085.698,53</u>

KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN				NETTOBUCHWERTE	
1. Jan. 2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2023 EUR	31. Dez. 2023 EUR	31. Dez. 2022 EUR
<u>25.093,91</u>	<u>3.394,13</u>	<u>0,00</u>	<u>28.488,04</u>	<u>8.690,09</u>	<u>10.853,62</u>
445.158,04	21.369,31	0,00	466.527,35	296.294,24	317.663,55
15.899.583,87	490.082,62	0,00	16.389.666,49	13.769.103,99	14.133.705,11
276.457,06	24.911,89	0,00	301.368,95	156.506,14	33.046,37
<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>669.053,24</u>	<u>425.079,28</u>
<u>16.621.198,97</u>	<u>536.363,82</u>	<u>0,00</u>	<u>17.157.562,79</u>	<u>14.890.957,61</u>	<u>14.909.494,31</u>
<u>16.646.292,88</u>	<u>539.757,95</u>	<u>0,00</u>	<u>17.186.050,83</u>	<u>14.899.647,70</u>	<u>14.920.347,93</u>

Lagebericht 2023

A. Allgemeine Geschäftsentwicklung

Die weitere stabile Entwicklung der Stadtwerke war der Schwerpunkt der Arbeit der Organe und Angestellten der Stadtwerke.

Auf drei Stadtvertreterversammlungen und vier Werkausschusssitzungen wurden die entsprechenden Mitglieder über den jeweiligen wirtschaftlichen Stand informiert.

Das Versorgungsgebiet der Stadtwerke Sternberg umfasst im Berichtsjahr die Gemarkung Sternberg, Groß Raden, Pastin, Gägelow, Zülów, Kobrow, Stieten, Wamckow, Dessin, Groß Görnow, Klein Görnow und Sagsdorf. Zusätzlich versorgen die Stadtwerke die Gemeinde Dabel mit Wasser und entsorgten das darin anfallende Abwasser.

Das Versorgungsgebiet ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Es war ein insgesamt ruhiger Verlauf des Wirtschaftsjahres 2023 festzustellen.

B. Wirtschaftliche Entwicklung

Der Wirtschaftsplan 2023 wurde durch die Stadtvertretung am 06. September 2022 beschlossen. Das Jahresergebnis 2023 soll danach 12 TEUR betragen. Der Finanzplan sieht einen Mittelabfluss von 331 TEUR vor.

Die im Wirtschaftsplan vorgegebenen Umsatzerlöse der Wasserversorgung von 552 TEUR bzw. der Abwasserbeseitigung von 925 TEUR wurden mit 542 TEUR bzw. 1.141 EUR realisiert.

Die Wasserabgabe ist im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 6,0 % gesunken. Die Abgabe im Haushaltsbereich ist um 6,7 % gesunken und an den WAZ wurden 2,0 % weniger Wasser geliefert. Die Biodieselanlage hat 8,2 % weniger Wasser verbraucht als im Vorjahr.

Die entsorgte Abwassermenge ist im Wirtschaftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % gesunken. Die Abwassermenge der Biodieselanlage sank um 10,7 % und die im Haushaltsbereich sank um 4,5 %. Der WAZ lieferte 3,4 % mehr Abwasser als im Vorjahr.

Die Wasser- und Abwassergebühren haben sich im Versorgungsgebiet gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

C. Investitionen

Die Investitionen für das Jahr 2023 waren mit einem Volumen von 300 TEUR geplant, davon im Bereich Wasserversorgung 150 TEUR und im Bereich Abwasserbeseitigung 150 TEUR.

Das Investitionsgeschehen konzentrierte sich im Abwasserbereich auf die Fortführung der Erneuerung des Schmutz- und Regenwasserkanals am Serrahnsbach im Rahmen des 20. BA, die Erneuerung des Schmutzwasserkanals am Wasserwanderrastplatz und die Erneuerung der Beckenkrone vom Schlammsilo auf der Kläranlage. Des Weiteren wurde ein neuer Multicar M31 angeschafft.

Stadtwerke Sternberg
Sternberg

Im Trinkwasserbereich wurde der Umbau des Wasserwerkes in Klein Görnow abgeschlossen, das Dach auf dem Wasserwerk an der Schweinsbrücke erneuert sowie diverse Hausanschlüsse erneuert.

Im Abwasserbereich wurden 332 TEUR über dem Planansatz investiert, weil Baumaßnahmen aus dem Vorjahr realisiert wurden.

Im Betriebszweig Trinkwasser wurde der Planansatz mit 113 TEUR unterschritten, da die Baumaßnahme Trinkwasserleitung am Maikamp nicht realisiert wurde.

Von den Zugängen zum Anlagevermögen entfallen auf:

Wasserversorgung	37 TEUR
Abwasserentsorgung	482 TEUR

Die geplanten Investitionen der Stadtwerke betragen nach dem vorliegenden Wirtschaftsplan für die Jahre 2024 bis 2026:

a) Betriebszweig Wasserversorgung

2024	150 TEUR
2025	150 TEUR
2026	150 TEUR

Der Schwerpunkt im Jahr 2024 richtet sich dabei auf die Errichtung einer PV-Anlage auf dem Gebäude des Wasserwerkes.

b) Betriebszweig Abwasserbeseitigung

2024	150 TEUR
2025	150 TEUR
2026	150 TEUR

Hier liegt der Schwerpunkt im Jahre 2024 in der Erneuerung der Rechenanlage auf der Kläranlage und der Errichtung einer PV-Anlage auf dem Gebäude des Klärwerkes.

D. Lage des Eigenbetriebes

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 424 auf TEUR 17.699.

Das Eigenkapital betrug per 01.01.2023 TEUR 10.242 und am 31.12.2023 TEUR 10.344.

Unter Berücksichtigung der um den Sonderposten gekürzten Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalausstattung von 85,7 % (Vorjahr 83,9 %). Das langfristig gebundene Vermögen ist vollständig durch langfristig verfügbares Kapital gedeckt.

Für das Wirtschaftsjahr 2023 kann weitestgehend eine positive Entwicklung der Erfüllung des Erfolgsplanes in beiden Betriebszweigen konstatiert werden.

Nachfolgende Leistungen wurden erreicht:

	2022	2023	Entwicklung
	- in m³ -	- in m³ -	
Wasserförderung	373.939	351.317	- 6,0 %
Fremdwasserbezug	7.864	7.319	- 6,9 %
Trinkwasserabgabe	358.357	335.375	- 6,4 %
Eigenverbrauch	1.795	815	- 54,5 %
Wasserverluste	12.958	14.299	+ 9,4 %
Wasserverluste in %	3,47	4,07	+ 14,7 %

Der durchschnittliche Verbrauch je Einwohner betrug 88 Liter und Tag.

Umsatzentwicklung im Bereich Wasserversorgung:

	2022	2023	Abweichung	Entwicklung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Trinkwassergebühr	361	449	+ 88	+ 19,5
Grundgebühr TW	101	90	- 11	- 10,9

Die Erlöse aus den Trinkwassergebühren sind gegenüber dem Vorjahr durch die Preisanpassung entsprechend der aktuellen Satzung gestiegen.

Die Erlöse aus den Grundgebühren sind aufgrund der Satzungsänderung gesunken.

Die Kläranlage der Stadtwerke Sternberg verfügt über eine Kapazität von 10.000 EGW. Insgesamt wurden von Tarifkunden 187.060 m³ Schmutzwasser in das Kanalnetz eingeleitet. Davon entfallen 43.965 m³ Schmutzwasser auf die Biodieselanlage im Gewerbegebiet an der Brüeler Chaussee. Des Weiteren wurden 55.273 m³ vom WAZ Bützow-Güstrow-Sternberg in der Kläranlage behandelt.

Umsatzentwicklung im Bereich Abwasserbeseitigung:

	2022	2023	Abweichung	Entwicklung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Abwassergebühr	681	863	+ 182	+ 26,7
Grundgebühr AW	78	73	- 5	- 6,4

Die Erlöse aus den Abwassergebühren sind gegenüber dem Vorjahr durch die Preisanpassung entsprechend der aktuellen Satzung gestiegen.

Die Erlöse aus den Grundgebühren sind auch im Abwasserbereich aufgrund der Satzungsänderung gesunken.

Die Entwicklung der Betriebsaufwendungen entspricht im Wesentlichen den Vorgaben des Wirtschaftsplanes.

Der Personalbestand ist gegenüber 2022 unverändert:

	31.12.2022	31.12.2023
Kaufmännische Leitung	1	1
Technische Leitung	0,85	0,85
Klärwerksmeister	1	1
Wasserwerksmeister	1	1
Mitarbeiter Bereich Abwasser	2	2
Mitarbeiter Bereich Trinkwasser	1	1
Kaufmännischer Mitarbeiter	0,5	0,5
Personalbestand	7,35	7,35

Die Personalkosten verteilen sich wie folgt:

	31.12.2022 TEUR	31.12.2023 TEUR
Löhne und Gehälter	399	418
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	77	77
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	0	0
Beiträge zur ZVK	17	17
Personalaufwand gesamt	493	511

Im Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit erreichten die Stadtwerke einen Jahresgewinn von 101.853,35 EUR.

Der Jahresgewinn setzt sich aus einem Gewinn i.H.von 47.778,03 EUR im Betriebszweig Wasserversorgung und einem Gewinn i.H. von 54.075,32 EUR im Bereich Abwasserbeseitigung zusammen.

Der Jahresgewinn liegt über den Vorgaben des Wirtschaftsplanes. Finanzielle Aufwendungen z. B. für Chemikalien sind hauptsächlich im Abwasserbereich geringer als geplant ausgefallen.

D. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Stadtwerke Sternberg versorgen die Gemeinde Dabel mit Trinkwasser und entsorgen das anfallende Schmutzwasser. Die Trinkwassermengen in diesem Bereich sind gegenüber dem Vorjahr um 2,0 % gesunken und die Abwassermengen um 3,4 % gestiegen.

Stadtwerke Sternberg
Sternberg

Die Stadtwerke gehen in ihrer Finanz- und Erfolgsplanung davon aus, dass auch mittelfristig ausgeglichene Jahresergebnisse erzielt werden können.
Drohende finanzielle Belastungen oder Verpflichtungen bestehen für den Eigenbetrieb nicht.
Die technischen Risiken sind im üblichen Rahmen versichert.
Die Stadtwerke verwenden keine Finanzinstrumente.

E. Prognosebericht

Auf der obengenannten Grundlage und der vorausschauenden Entwicklung in beiden Betriebszweigen wird nachfolgende Gebührenentwicklung angestrebt:

Jahr	Betriebszweig	Betriebszweig
	Wasserversorgung	Abwasserbeseitigung
	€/m ³ (Netto)	€/m ³
2022	1,00	1,94
2023	1,22	3,10
2024	1,22	3,10
2025	1,22	3,10
2026	1,22	3,10
2027	1,22	3,10
2028	1,22	3,10
2029	1,22	3,10
2030	1,22	3,10
2031	1,22	3,10

Die Grundgebühren für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung werden nach der Wasserzählergröße berechnet.

Für die Biodieselanlage eines Großkunden kann keine kontinuierliche Produktion und damit auch keine entsprechenden Erlöse wie im Vorjahr eingeplant werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2024 wird ein Jahresgewinn von TEUR 4 erwartet.

Sternberg, den 03.07.2025



K. Haese
Bürgermeisterin

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg, Sternberg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie der Finanzrechnung, den Bereichsrechnungen und dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können..
- erlangen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen Rechtsform bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN***Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 13 Abs. 3 KPG M-V******Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen***

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Eigenbetriebs i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 KPG M-V haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs Anlass geben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Schwerin, 5. August 2025

BRB Revision und Beratung PartG mbB

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



F. Lilje
Wirtschaftsprüfer

G. Matlok
Wirtschaftsprüfer

RECHTLICHE GRUNDLAGEN, STEUERLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

I Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlage des Eigenbetriebs bildet die Eigenbetriebssatzung in der Fassung vom 17. September 2014. Die rechtlichen Grundlagen des Eigenbetriebs ergeben sich aus der nachfolgenden tabellarischen Übersicht.

Firma	Eigenbetrieb Stadtwerke Sternberg
Rechtsform	Eigenbetrieb
Sitz	Sternberg
Gegenstand des Eigenbetriebs	Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Stadt Sternberg. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.
Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.
Organe des Eigenbetriebs	Organe sind gemäß Betriebssatzung die Stadtvertretung, der Werkausschuss, der hauptamtliche Bürgermeister und die Werkleitung. Die Werkleitung besteht aus den leitenden kaufmännischen und technischen Angestellten. Gemäß § 5 der Betriebssatzung ist der Bürgermeister gesetzlicher Vertreter des Eigenbetriebes und gleichzeitig der Dienstvorsetzte der Werkleitung.
Stammkapital	25 TEUR (Bereich Wasserversorgung 7 TEUR; Bereich Abwasserentsorgung 18 TEUR)

II Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt	Güstrow
Steuernummer	086/144/02718
Veranlagung	Der Eigenbetrieb ist bis einschließlich 2022 steuerlich veranlagt. Die Steuererklärungen für 2023 wurden fristgerecht eingereicht
Betriebsprüfung	Die letzte Außenprüfung fand im Jahr 2011 für die Jahre 2005-2009 statt.

III Wirtschaftliche Verhältnisse

Satzungen

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Sternberg (Abwassergebührensatzung) vom 16. Dezember 2022; Inkrafttreten rückwirkend zum 1. Januar 2022

Satzung der Stadt Sternberg über die Abwasserbeseitigung der Grundstücke (Abwassersatzung) vom 16. Dezember 2022; Inkrafttreten rückwirkend zum 1. Januar 2022

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Wasserversorgung der Stadt Sternberg (Wassergebührensatzung) vom 16. Dezember 2022; Inkrafttreten rückwirkend zum 1. Januar 2022

Satzung der Stadt Sternberg über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung) vom 16. Dezember 2022; Inkrafttreten rückwirkend zum 1. Januar 2022

Wesentliche Verträge

Nach der uns vom Eigenbetrieb erteilten Auskunft bestanden die nachfolgend aufgeführten bedeutenden Verträge bzw. Vereinbarungen:

Wasserlieferungsvertrag WAZ Güstrow

Zwischen dem Eigenbetrieb und dem WAZ wurde am 17./25. November 2010 ein Wasserlieferungsvertrag geschlossen. Der Vertrag umfasst die Wasserlieferung in den Gemeinden Dabel und Holzendorf. In der 1. Änderung zu diesem Vertrag vom 02. Dezember 2019 wurde als Entgelt 1,06 €/m³ vereinbart. Vertragsbeginn war der 1. Januar 2020. Die Kündigung ist nur mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende möglich. Der Vertrag war zum Ende des Berichtsjahres nicht gekündigt.

Abwassereinleitvertrag WAZ Güstrow

Zwischen dem Eigenbetrieb und dem WAZ wurde am 17./ 25. November 2010 ein Abwassereinleitvertrag geschlossen. Der Vertrag umfasst die Abnahme, Ableitung und Behandlung der vom Verband an der Übergabestelle in das Kanalnetz des Eigenbetriebes eingeleiteten Abwässer. Der dem Verband zur Verfügung stehende Kapazitätsanteil, bezogen auf die Abwassermenge beträgt derzeit 23,0 % der Kapazität der Kläranlage des Eigenbetriebes. In der 1. Änderung zu diesem Vertrag vom 02. Dezember 2019 wurde als Entgelt 2,52 €/m³ vereinbart. Vertragsbeginn war der 1. Januar 2020. Die Kündigung ist nur mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende möglich. Der Vertrag war zum Ende des Berichtsjahres nicht gekündigt.

Technisch-wirtschaftliche Kennzahlen

Hinsichtlich der technisch-wirtschaftlichen Kennzahlen verweisen wir auf Anlage Nr. 14 unseres Prüfungsberichts.

WEITERGEHENDE AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN DER POSTEN DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2023

Allgemeines

Soweit Aufgliederungen und Erläuterungen im Anhang oder Lagebericht erfolgt sind, wird auf eine Wiederholung verzichtet. Zu den einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung geben wir deswegen nur noch die nachstehenden Aufgliederungen und Erläuterungen.

BILANZ

A K T I V A

Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und die Entwicklung des Anlagevermögens in der Zeit vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 ist in der Anlage 1 zum Anhang summarisch dargestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

	<u>EUR</u>	<u>8.690,09</u>
Vorjahr	EUR	10.853,62

Sachanlagen

	<u>EUR</u>	<u>14.890.957,61</u>
Vorjahr	EUR	14.909.494,31

Zusammensetzung:

	<u>31.12.2023</u> <u>EUR</u>	<u>31.12.2022</u> <u>EUR</u>
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	296.294,24	317.663,55
Technische Anlagen und Maschinen	13.769.103,99	14.133.705,11
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	156.506,14	33.046,37
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>669.053,24</u>	<u>425.079,28</u>
	<u>14.890.957,61</u>	<u>14.909.494,31</u>

Umlaufvermögen**Vorräte****Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**

	<u>EUR</u>	<u>9.630,20</u>
Vorjahr	EUR	9.630,20

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

	<u>EUR</u>	<u>118.879,07</u>
Vorjahr	EUR	108.647,57

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen im Wesentlichen gegen Sonderkunden.

Forderungen gegen die Gemeinde

	<u>EUR</u>	<u>22.363,62</u>
Vorjahr	EUR	185.636,38

Sonstige Vermögensgegenstände

	<u>EUR</u>	<u>9.867,41</u>
Vorjahr	EUR	19.451,76

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

	<u>EUR</u>	<u>2.638.550,74</u>
Vorjahr	EUR	2.878.849,36

Die Guthaben bei Kreditinstituten wurden durch Bankbestätigungen und Kontoauszüge nachgewiesen.

P A S S I V A

Eigenkapital

Stammkapital	EUR	<u>25.000,00</u>
Vorjahr	EUR	25.000,00

Das Stammkapital entspricht § 3 der Eigenbetriebssatzung 25 TEUR und betrifft mit 18 TEUR den Bereich Abwasserentsorgung und mit 7 TEUR den Bereich Wasserversorgung.

Kapitalrücklage	EUR	<u>5.166.484,95</u>
Vorjahr	EUR	5.166.484,95

Die Kapitalrücklage betrifft die Bereiche wie folgt:

	<u>31.12.2023</u> EUR	<u>31.12.2022</u> EUR
Wasserversorgung	599.792,33	599.792,33
Abwasserentsorgung	<u>4.566.692,62</u>	<u>4.566.692,62</u>
	<u>5.166.484,95</u>	<u>5.166.484,95</u>

Gewinn-/Verlustvortrag	EUR	<u>5.050.974,02</u>
Vorjahr	EUR	5.029.576,91

Der Gewinnvortrag betrifft die Bereiche wie folgt:

	<u>31.12.2023</u> EUR	<u>31.12.2022</u> EUR
Wasserversorgung	963.853,32	986.103,19
Abwasserentsorgung	<u>4.087.120,70</u>	<u>4.043.473,72</u>
	<u>5.050.974,02</u>	<u>5.029.576,91</u>

Jahresüberschuss/-fehlbetrag

	<u>EUR</u>	<u>101.853,35</u>
Vorjahr	EUR	21.397,11

Der Jahresüberschuss betrifft die Bereiche wie folgt::

	<u>31.12.2023</u> <u>EUR</u>	<u>31.12.2022</u> <u>EUR</u>
Wasserversorgung	47.778,03	-22.249,87
Abwasserentsorgung	<u>54.075,32</u>	<u>43.646,98</u>
	<u>101.853,35</u>	<u>21.397,11</u>

Sonderposten**Sonderposten für Ertragszuschüsse**

	<u>EUR</u>	<u>1.545.592,45</u>
Vorjahr	EUR	1.649.384,03

Zusammensetzung nach Bereichen:

	<u>31.12.2023</u> <u>EUR</u>	<u>31.12.2022</u> <u>EUR</u>
Wasserversorgung	49.361,94	50.526,06
Abwasserentsorgung	<u>1.496.230,51</u>	<u>1.598.857,97</u>
	<u>1.545.592,45</u>	<u>1.649.384,03</u>

Der Ausweis betrifft Beiträge der Anschlussnehmer, die gemäß § 33 EigVO M-V als Ertragszuschüsse passiviert wurden.

Sonderposten zum Anlagevermögen

	<u>EUR</u>	<u>4.125.311,33</u>
Vorjahr	EUR	4.252.141,64

Zusammensetzung nach Bereichen:

	<u>31.12.2023</u> <u>EUR</u>	<u>31.12.2022</u> <u>EUR</u>
Wasserversorgung	187.578,01	193.812,29
Abwasserentsorgung	<u>3.937.733,32</u>	<u>4.058.329,35</u>
	<u>4.125.311,33</u>	<u>4.252.141,64</u>

Der Ausweis betrifft den Sonderposten für Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand einschließlich der verrechneten Abwasserabgabe nach § 10 Abs. 3 AbwAG. Die Auflösung erfolgt mit dem durchschnittlichen Abschreibungssatz der geförderten Maßnahmen.

Rückstellungen**Steuerrückstellungen**

	<u>EUR</u>	<u>558,08</u>
Vorjahr	EUR	7.796,08

Sonstige Rückstellungen

	<u>EUR</u>	<u>523.170,00</u>
Vorjahr	EUR	556.646,00

Zusammensetzung:

	<u>31.12.2023</u> <u>EUR</u>	<u>31.12.2022</u> <u>EUR</u>
Wasserversorgung		
• Personalrückstellungen	22.850,00	17.900,00
• Übrige Rückstellungen	<u>10.950,00</u>	<u>49.926,00</u>
	33.800,00	67.826,00
Abwasserentsorgung		
• Kostenüberdeckung	367.970,00	367.970,00
• Personalrückstellungen	14.850,00	24.000,00
• Übrige Rückstellungen	<u>106.550,00</u>	<u>96.850,00</u>
	<u>489.370,00</u>	<u>488.820,00</u>
	<u>523.170,00</u>	<u>556.646,00</u>

Verbindlichkeiten**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

	<u>EUR</u>	<u>1.004.837,75</u>
Vorjahr	EUR	1.089.923,87

Der Ausweis betrifft ein durch Bankbestätigung nachgewiesenes und dem Abwasserbereich zugeordnetes Darlehen der DKB einschließlich der Zinsabgrenzung zum Bilanzstichtag.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	<u>EUR</u>	<u>129.364,94</u>
Vorjahr	EUR	97.039,97

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind durch eine Offene-Posten-Liste nachgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

	<u>EUR</u>	<u>25.833,43</u>
Vorjahr	EUR	226.935,26

Rechnungsabgrenzungsposten

	<u>EUR</u>	<u>0,00</u>
Vorjahr	EUR	237,38

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Umsatzerlöse	EUR	<u>1.683.681,64</u>
Vorjahr	EUR	<u>1.359.792,85</u>

Zusammensetzung:

	<u>2023</u> EUR	<u>2022</u> EUR
Wasserversorgung		
• Wassergebühren	524.783,75	456.605,76
• Übrige	<u>17.920,82</u>	<u>15.598,75</u>
	542.704,57	472.204,51
Abwasserentsorgung		
• Abwassergebühren	1.136.584,39	887.380,81
• Übrige	<u>4.392,68</u>	<u>207,53</u>
	<u>1.140.977,07</u>	<u>887.588,34</u>
	<u>1.683.681,64</u>	<u>1.359.792,85</u>

Andere aktivierte Eigenleistungen	EUR	<u>13.814,56</u>
Vorjahr	EUR	<u>15.279,91</u>

Sonstige betriebliche Erträge	EUR	<u>4.157,50</u>
Vorjahr	EUR	<u>1.317,02</u>

Materialaufwand

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	EUR	<u>498.601,63</u>
Vorjahr	EUR	<u>297.185,47</u>

Zusammensetzung nach Bereichen:

	<u>2023</u> EUR	<u>2022</u> EUR
Wasserversorgung	85.922,05	72.605,40
Abwasserentsorgung	<u>412.679,58</u>	<u>224.580,07</u>
	<u>498.601,63</u>	<u>297.185,47</u>

Aufwendungen für bezogene Leistungen

	<u>EUR</u>	<u>214.275,87</u>
Vorjahr	EUR	237.848,27

Zusammensetzung nach Bereichen:

	<u>2023</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
Wasserversorgung	34.037,59	24.099,68
Abwasserentsorgung	<u>180.238,28</u>	<u>213.748,59</u>
	<u>214.275,87</u>	<u>237.848,27</u>

Personalaufwand**Löhne und Gehälter**

	<u>EUR</u>	<u>413.373,28</u>
Vorjahr	EUR	397.848,01

Zusammensetzung nach Bereichen:

	<u>2023</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
Wasserversorgung	155.688,85	173.439,32
Abwasserentsorgung	<u>257.684,43</u>	<u>224.408,69</u>
	<u>413.373,28</u>	<u>397.848,01</u>

Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

	<u>EUR</u>	<u>97.953,01</u>
Vorjahr	EUR	95.337,85

Zusammensetzung nach Bereichen:

	<u>2023</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
Wasserversorgung	38.843,30	41.966,03
Abwasserentsorgung	<u>59.109,71</u>	<u>53.371,82</u>
	<u>97.953,01</u>	<u>95.337,85</u>

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

	<u>EUR</u>	<u>539.757,95</u>
Vorjahr	EUR	493.952,84

**Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33
Absatz 4 bis 6 EigVO M-V**

	<u>EUR</u>	<u>246.161,71</u>
Vorjahr	EUR	268.239,82

Zusammensetzung nach Bereichen:

	<u>2023 EUR</u>	<u>2022 EUR</u>
Wasserversorgung	-10.938,22	10.328,09
Abwasserentsorgung	<u>-235.223,49</u>	<u>257.911,73</u>
	<u>-246.161,71</u>	<u>268.239,82</u>

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	<u>EUR</u>	<u>85.473,61</u>
Vorjahr	EUR	115.478,76

Zusammensetzung:

	<u>2023 EUR</u>	<u>2022 EUR</u>
Wasserversorgung		
• EDV- und Verwaltungskosten	22.587,33	6.367,18
• Kfz-Kosten	3.453,77	3.684,66
• Übrige Aufwendungen	<u>3.792,51</u>	<u>43.513,66</u>
	29.833,61	53.565,50
Abwasserentsorgung		
• EDV- und Verwaltungskosten	24.444,04	36.015,53
• Kfz-Kosten	12.684,02	12.089,10
• Übrige Aufwendungen	<u>18.511,94</u>	<u>13.808,63</u>
	<u>55.640,00</u>	<u>61.913,26</u>
	<u>85.473,61</u>	<u>115.478,76</u>

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

	<u>EUR</u>	<u>19.283,55</u>
Vorjahr	EUR	13.867,63

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	<u>EUR</u>	<u>5.584,38</u>
Vorjahr	EUR	4.943,65

Der Ausweis betrifft insbesondere den Zinsaufwand für das Darlehen der DKB an den Bereich Abwasserentsorgung.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	<u>EUR</u>	<u>3.920,00</u>
Vorjahr	EUR	0,00

Sonstige Steuern

	<u>EUR</u>	<u>6.305,88</u>
Vorjahr	EUR	1.417,27

Jahresüberschuss

	<u>EUR</u>	<u>101.853,35</u>
Vorjahr	EUR	21.397,11

PRÜFUNG DER ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE NACH § 53 HGrG (IDW PS 720)

A Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Notwendige Regelungen sind in der EigVO M-V und der Betriebssatzung enthalten. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

In 2023 fanden vier Werkausschusssitzungen statt. Die Stadtvertretung hat sich in zwei Sitzungen mit Angelegenheiten des Eigenbetriebes befasst.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Auskunftsgemäß gehört der Bürgermeister als gesetzlicher Vertreter des Eigenbetriebes dem Aufsichtsrat der STEWO Sternberger Wohnungsbaugesellschaft mbH, Sternberg und dem Beirat der Sparkasse Parchim Lübz, Anstalt des öffentlichen Rechts, Parchim, an.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Der Bürgermeister und die Mitglieder der Werkleitung sind bei der Stadtverwaltung angestellt und erhalten keine gesonderten Bezüge für die Organtätigkeit.

B Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Der organisatorische Aufbau der Stadtwerke ist in der Betriebssatzung geregelt. Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten sind aus den Stellenbeschreibungen ersichtlich.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Der Eigenbetrieb unterliegt den landesrechtlichen Regelungen zur Korruptionsprävention. Eigenständige Maßnahmen sind entbehrlich.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Kreditaufnahmen und Personalentscheidungen erfolgen durch die Finanzverwaltung bzw. das Hauptamt der Stadt Sternberg. Grundlage dafür sind die für die öffentliche Verwaltung geltenden Vorschriften.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Verträge werden zentral durch die Werkleitung aufbewahrt und dokumentiert.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Das Planungswesen des Eigenbetriebes entspricht den Regelungen in der EigVO M-V.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Planabweichungen werden auskunftsgemäß systematisch untersucht.

- c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Es besteht eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung. Die Kreditüberwachung erfolgt anhand von Zins- und Tilgungsplänen.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Ein zentrales Cash-Management ist nicht eingerichtet.

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die Verbrauchsabrechnung erfolgt ordnungsgemäß. Das Mahnwesen wird durch die Finanzverwaltung der Stadt Sternberg sichergestellt.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Die Controllingfunktion wird durch die Werkleitung wahrgenommen.

- h) **Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Die Beantwortung der Frage entfällt, da weder Tochterunternehmen bestehen noch wesentliche Beteiligungen gehalten werden.

4. Risikofrüherkennungssystem

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Die Risikoüberwachung erfolgt aufgrund der geringen Betriebsgröße direkt durch die Werkleitung. Gesonderte Maßnahmen können unmittelbar durch die Werkleitung eingeleitet werden.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Siehe Beantwortung der Frage a).

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Eine gesonderte Dokumentation liegt nicht vor.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Siehe Beantwortung der Frage a).

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?**

Finanzinstrumente i. S. v. § 1a Abs. 3 des Gesetzes über das Kreditwesen bzw. § 2 Abs. 2b Wertpapierhandelsgesetz einschließlich anderer Termingeschäfte, Optionen und Derivate wurden vom Eigenbetrieb im Berichtszeitraum nicht eingesetzt. Die Beantwortung der weiteren Fragen dieses Fragenkreises entfällt deshalb.

- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Entfällt.

- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**

- **Erfassung der Geschäfte**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Entfällt

- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

Entfällt

- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

Entfällt

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Entfällt

6. Interne Revision

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Eine Interne Revision als eigenständige Stelle besteht nicht. Die Funktion wird aufgrund der Betriebsgröße auch nicht durch eine andere Stelle wahrgenommen. Die Beantwortung der weiteren Fragen dieses Fragenkreises entfällt deshalb.

- b) **Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Entfällt.

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Entfällt.

- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Entfällt.

- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Entfällt.

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Entfällt.

C Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit**7. Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans****a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Diesbezügliche Kredite wurden nicht gewährt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

8. Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Investitionen werden angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden auskunftsgemäß laufend überwacht.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

In 2023 waren Investitionen in Höhe von 300 TEUR, davon im Bereich Wasserversorgung 150 TEUR und im Bereich Abwasserbeseitigung 150 TEUR geplant. Dem stehen tatsächliche Investitionen von 37 TEUR im Bereich Wasserversorgung und von 482 TEUR im Bereich Abwasserbeseitigung gegenüber.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

9. Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Auskunftsgemäß werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote eingeholt.

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Die Berichterstattung an den Werkausschuss erfolgt vier mal jährlich.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebs.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Werkausschuss und Bürgermeister werden über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah informiert.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Eine besondere Berichterstattung wurde in 2023 nicht gewünscht.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung besteht nicht.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Interessenkonflikte der Mitglieder der Organe wurden auskunftsgemäß nicht gemeldet.

D Vermögens- und Finanzlage

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht auskunftsmäßig nicht.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Auffallend hohe oder niedrige Bestände haben wir nicht festgestellt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

12. Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Zur Zusammensetzung der Kapitalstruktur veweisen wir auf die Ausführungen im Prüfungsbericht.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Die Beantwortung der Frage entfällt, da kein Konzern vorliegt.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Der Eigenbetrieb hat in 2023 keine Finanz- /Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Gewinnverwendungsvorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes vereinbar.

E Ertragslage**14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Im Wirtschaftsjahr 2023 erzielte der Eigenbetrieb einen Jahresüberschuss von 102 TEUR (Wasserversorgung 48 TEUR; Abwasserentsorgung 54 TEUR).

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Diesbezügliche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Eine Konzessionsabgabe war nicht abzuführen.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) **Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Verlustbringende Geschäfte wurden nicht festgestellt.

- b) **Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Die Beantwortung der Frage entfällt, da keine verlustbringenden Geschäfte festgestellt wurden.

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) **Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Die Beantwortung der Frage entfällt, da kein Jahresfehlbetrag entstanden ist.

- b) **Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Die Wassergebühren werden entsprechend der aktuellen Satzung bei Bedarf angepasst.

Die Berechnung der verbrauchsunabhängigen Grundgebühr erfolgt seit dem 1. Januar 2022 nach der Größe des Wasserzählers.

Bis 31. Dezember 2021 wurden die Grundgebühren für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung mit je 5,00 € /Wohnungs- bzw. Gewerbeeinheit/Monat berechnet.

SOLL-IST-VERGLEICH ZUM WIRTSCHAFTSPLAN 2023

I Allgemeines

Maßgebend für den Soll-Ist-Vergleich ist der am 6. September 2022 beschlossene Wirtschaftsplan für 2023. Eine Gegenüberstellung erfolgt für die im Wirtschaftsplan enthaltenen Erfolgspläne für die beiden Teilbereiche Wasser und Abwasser.

II Erfolgsplan Teilbereich Wasser 2023

	<u>Soll</u> TEUR	<u>Ist</u> TEUR	<u>Abweichung</u> TEUR
1. Umsatzerlöse	+ 552	+ 543	- 9
2. andere aktivierte Eigenleistungen	+ 2	+ 2	0
3. sonstige betriebliche Erträge	+ 22	0	- 22
	<u>+ 576</u>	<u>+ 545</u>	<u>- 31</u>
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	- 118	- 86	+ 32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 54	- 34	+ 20
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	- 159	- 156	+ 3
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	- 39	- 39	0
- davon für Altersversorgung	6	12	6
6. Abschreibungen			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 152	153	1
7. Erträge aus Auflösung Sonderposten	+ 14	+ 11	- 3
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	- 45	- 29	+ 16
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 3	- 1	+ 2
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 14	- 4	+ 10
11. Ergebnis nach Steuern	<u>+ 6</u>	<u>+ 54</u>	<u>+ 48</u>
12. Sonstige Steuern	- 1	- 6	- 5
13. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u><u>+ 5</u></u>	<u><u>+ 48</u></u>	<u><u>+ 43</u></u>

III Erfolgsplan Teilbereich Abwasser 2023

	<u>Soll</u> <u>TEUR</u>	<u>Ist</u> <u>TEUR</u>	<u>Abweichung</u> <u>TEUR</u>
1. Umsatzerlöse	+ 925	+ 1.141	+ 216
2. andere aktivierte Eigenleistungen	+ 3	+ 12	+ 9
3. sonstige betriebliche Erträge	+ 241	+ 4	- 237
	<u>+ 1.169</u>	<u>+ 1.157</u>	<u>- 12</u>
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	- 462	- 413	+ 49
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 289	- 180	+ 109
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	- 216	- 258	- 42
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	- 52	- 59	- 7
- davon für Altersversorgung	8	8	0
6. Abschreibungen			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 346	387	41
7. Erträge aus Auflösung Sonderposten	+ 252	+ 235	- 17
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	- 56	- 56	0
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	+ 19	5
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 6	- 4	+ 2
11. Ergebnis nach Steuern	<u>+ 8</u>	<u>+ 54</u>	<u>+ 46</u>
12. Sonstige Steuern	- 1	0	+ 1
13. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u><u>+ 7</u></u>	<u><u>+ 54</u></u>	<u><u>+ 47</u></u>

Entwicklung der Darlehen zum 31.12.2023
--

Kreditgeber	Ursprungskapital	Stand	Zugang	Tilgung	Stand	Zinssatz	Bemerkung
		01.01.2023			31.12.2023		
Deutsche Kreditbank AG Schwerin 1 Kontonummer: 6700089078	1.872.000,00 €	1.088.839,98 €	0,00 €	85.086,12 €	1.003.753,86 €	0,42%	Zinsbindung bis 01.06.2035
	1.872.000,00 €	1.088.839,98 €	0,00 €	85.086,12 €	1.003.753,86 €		

Zusammensetzung und Entwicklung der empfangenen Fördermittel

Wirtschaftsjahr: 2023

	Stand	Zuführung	Stand	Stand	Auflösung	Stand	RBW	RBW
	hist. Wert	Zugang/ Abgang	€	Summe der Auflösung	Zugang/ Abgang	Summe der Auflösung	€	€
	€	€	€	€	€	€	€	€
	01.01.2023	2023	31.12.2023	01.01.2023	2023	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
WASSERVERSORGUNG								
1. Pastin (1992-1998)	294.855,73	0,00	294.855,73	159.568,89	7.371,39	166.940,28	127.915,45	135.286,84
2. Kobrow I - Kobrow II (2001)	24.328,96	0,00	24.328,96	10.217,97	486,58	10.704,55	13.624,41	14.110,99
3. Pastin Zülów (2001) AZ: TW/LBZ/2001/19	28.947,66	0,00	28.947,66	12.157,95	578,95	12.736,90	16.210,76	16.789,71
4. Groß Görnow (2003)	29.477,76	0,00	29.477,76	11.201,64	589,56	11.791,20	17.686,56	18.276,12
5. Kostenbeteiligung WAZ Brunnenleitung (2015)	8.501,71	0,00	8.501,71	1.190,21	170,03	1.360,24	7.141,47	7.311,50
6. Kostenbeteiligung WAZ Druckstation Dabel (2015)	3.819,61	0,00	3.819,61	1.782,48	254,64	2.037,12	1.782,49	2.037,13
7. Verdichtungsanlage Inv. 483 (2022)	0,00	2.608,58	2.608,58	0,00	260,86	260,86	2347,72	0,00
8. Investitionsanteil Heizung Inv. 487 (2022)	0,00	931,24	931,24	0,00	62,08	62,08	869,16	0,00
	389.931,43	3.539,82	393.471,25	196.119,14	9.774,10	205.893,24	187.578,01	193.812,29

Konto

2021 an 4591

	01.01.2023	2023	31.12.2023	01.01.2023	2023	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
ABWASSERENTSORGUNG								
1 WAZ Güstrow (Übernahmebilanz WMW)	404.775,98	0,00	404.775,98	67.462,70	6.746,27	74.208,97	330.567,01	337.313,28
2 SW Kanal 1993-1999	1.743.100,42	0,00	1.743.100,42	703.639,40	54.292,38	757.931,78	985.168,64	1.039.461,02
3 Klärwerk-Neubau (1999) AZ: AW /LBZ /91/325/7	1.248.904,08	0,00	1.248.904,08	1.248.904,08	0,00	1.248.904,08	0,00	0,00
4 9. - 11. Bauabschnitt (1999) AZ: AW/LBZ/91/325/6	358.120,67	0,00	358.120,67	103.679,22	4.476,51	108.155,73	249.964,94	254.441,45
5 12. Bauabschnitt Seestraße (2002) AZ:AW/91/325/8	18.786,65	0,00	18.786,65	4.931,43	234,83	5.166,26	13.620,39	13.855,22
6 Ortsentwässerung Kobrow II (2002) AZ:AW/2002/35	112.043,84	0,00	112.043,84	29.411,55	1.400,55	30.812,10	81.231,74	82.632,29
7 Ortsentwässerung Wamckow (2003) AZ:AW/2002/34	187.200,00	0,00	187.200,00	106.642,80	5.277,64	111.920,44	75.279,56	80.557,20
8 13. Bauabschnitt An der Schweinsbrücke (2004) AZ:AW/2003/57	25.000,00	0,00	25.000,00	5.937,50	312,50	6.250,00	18.750,00	19.062,50
9 13. Bauabschnitt Pastin (2004) AZ:AW/SN/2004/58	53.900,00	0,00	53.900,00	12.801,25	673,75	13.475,00	40.425,00	41.098,75
10 13. Bauabschnitt Pastin (2005) AZ:AW/SN/2004/58	163.760,13	0,00	163.760,13	36.846,00	2.047,00	38.893,00	124.867,13	126.914,13
11 Ortsdurchfahrt Sternberg B104 (2005)	10.387,18	0,00	10.387,18	2.337,12	129,84	2.466,96	7.920,22	8.050,06
12 Kostenbeteiligung WAZ Vorflutleitung Gewerbegebiet	127.107,09	0,00	127.107,09	23.832,60	1.588,84	25.421,44	101.685,65	103.274,49
13 AW-Entsorgung Gewerbegebiet Brüeler Chaussee LFI 514460013	141.900,00	0,00	141.900,00	31.927,50	1.773,75	33.701,25	108.198,75	109.972,50
14 KTV Gem. Kobrow Teichkläranlage Wamckow	21.840,11	0,00	21.840,11	21.840,00	0,00	21.840,00	0,00	0,00
17 AW-Entsorgung GG Brüeler Chaussee (2006) LFI 514460013	1.141.622,29	0,00	1.141.622,29	242.594,76	14.270,28	256.865,04	884.757,25	899.027,53
18 AW-Entsorgung GG Brüeler Chaussee (2007) LFI 514460013	221.112,56	0,00	221.112,56	44.222,56	2.763,91	46.986,47	174.126,09	176.890,00
19 KTV SBA L 141 (2008) Anzahlung	50.000,00	0,00	50.000,00	8.750,00	625,00	9.375,00	40.625,00	41.250,00
20 15. BA Finkenkamp (1. Zhlg. STAUN) (2009)	34.121,26	0,00	34.121,26	5.544,63	426,51	5.971,14	28.150,12	28.576,63

Zusammensetzung und Entwicklung der empfangenen Fördermittel**Wirtschaftsjahr:** 2023

	Stand	Zuführung	Stand	Stand	Auflösung	Stand	RBW	RBW
	hist. Wert	Zugang/ Abgang	€	Summe der Auflösung	Zugang/ Abgang	Summe der Auflösung	€	€
	€	€	€	€	€	€	€	€
22 15. BA Finkenkamp (2. Zhlg. STAUN) (2010)	29.998,75	0,00	29.998,75	4.499,76	374,98	4.874,74	25.124,01	25.498,99
23 16. BA PW Mecklenburgring usw.(1.Zhlg.Stalu)(2010)	78.816,50	0,00	78.816,50	11.822,52	985,21	12.807,73	66.008,77	66.993,98
25 Kostenbeteiligung SBA L141/B104 RW	51.639,54	0,00	51.639,54	11.360,69	1.032,79	12.393,48	39.246,06	40.278,85
26 16. BA PW Mecklenburgring usw.(1.Zhlg.Stalu)(2011)	32.363,50	0,00	32.363,50	4.449,94	404,54	4.854,48	27.509,02	27.913,56
27 17. BA Fritz-Reuter-Straße (2012) STALU	62.420,00	0,00	62.420,00	7.802,50	780,25	8.582,75	53.837,25	54.617,50
28 Schachtsanierung Parchimer Chaussee (WAZ 2012)	4.397,30	0,00	4.397,30	1.099,30	109,93	1.209,23	3.188,07	3.298,00
30 Fäkalannahmestation (STALU AW/MM/2013/42)	93.532,65	0,00	93.532,65	36.091,44	4.010,16	40.101,60	53.431,05	57.441,21
31 Kostenbeteiligung WAZ Schlammmentwässerung (2020)	91.159,35	0,00	91.159,35	12.154,58	6.077,29	18.231,87	72.927,48	79.004,77
32 Kostenbeteiligung WAZ Schaltanlage/ Gebläse (2022)	80.054,50	0,00	80.054,50	0,00	5.336,97	5.336,97	74.717,53	80.054,50
33 Kostenbeteiligung WAZ Havariespeicherbecken (2022)	44.653,76	0,00	44.653,76	0,00	1.116,34	1.116,34	43.537,42	44.653,76
	6.632.718,11	0,00	6.632.718,11	2.790.585,83	117.268,02	2.907.853,85	3.724.864,15	3.842.132,17
	01.01.2023	2023	31.12.2023	01.01.2023	2023	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
Abwasserabgabe								
15 verrechnete Abwasserabgabe (2005) 1993-2004	135.447,86	0,00	135.447,86	30.475,80	1.693,10	32.168,90	103.278,96	104.972,06
16 verrechnete Abwasserabgabe (2006) 2005	17.894,57	0,00	17.894,57	3.802,56	223,68	4.026,24	13.868,33	14.092,01
21 verrechnete Abwasserabgabe (2009) 2006-2008	50.199,84	0,00	50.199,84	8.157,63	627,50	8.785,13	41.414,71	42.042,21
24 verrechnete AW-Abgabe 2009 (2010)	14.779,96	0,00	14.779,96	2.217,00	184,75	2.401,75	12.378,21	12.562,96
29 verrechnete Abwasserabgabe 2013 (2010-2012)	47.918,76	0,00	47.918,76	5.390,82	598,98	5.989,80	41.928,96	42.527,94
	266.240,99	0,00	266.240,99	50.043,81	3.328,01	53.371,82	212.869,17	216.197,18
Summe Abwasser	6.898.959,10	0,00	6.898.959,10		120.596,03		4.055.988,27	4.058.329,35
Gesamt	7.288.890,53	3.539,82	7.278.098,65	3.036.748,78	130.370,13	3.167.118,91	4.125.311,33	4.252.141,64
Summe Wasser und Abwasser ohne Abwasserabgabe		0,00		2.986.704,97	127.042,12		3.912.442,16	4.035.944,46
Konto				2311	an 4591			

Nachkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2023

Angaben aus Jahresabschluss 2023 Bereich Abwasser	Aufwendungen Erträge lt. Gewinn- und Verlustrechnung €	kalkulatorische Kosten neutrale Aufwendungen/ Erträge €		Kosten/ Erlöse €
1. Entgeltbedarf				
1.1. Aufwendungen				
Materialaufwand	539.916,06			539.916,06
Personalaufwand	316.794,14			316.794,14
Abschreibungen Anlagevermögen	387.048,15			387.048,15
Sonstige betriebliche Aufwendungen	55.640,00			55.640,00
Abwasserabgabe (RST)	14.200,00			14.200,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.483,88	-4.483,88		0,00
Kalkulatorische Zinsen		53.508,00	a)	53.508,00
Sonstige Steuern	367,96			367,96
Summe Aufwendungen	1.318.450,19			1.367.474,31
1.2. abzüglich Sonstige Erträge				
aktivierte Eigenleistungen	-11.871,56			-11.871,56
Sonstige betriebliche Erträge	-120.596,03			-120.596,03
Zinserträge	-19.283,55			-19.283,55
Entgeltbedarf	1.166.699,05			1.215.723,17
2. abzüglich Entgeltaufkommen				
Grund- u. Mengengebühren	1.089.961,30			1.089.961,30
Straßenoberflächenentwässerung	17.363,76			17.363,76
Auflösung Ertragszuschüsse	114.627,46			114.627,46
Sonstige Umsatzerlöse	35.690,21			35.690,21
Inanspruchnahme Rückstellung KÜ Vorperiode	63.026,00			63.026,00
Entgeltaufkommen	1.320.668,73			1.320.668,73
Jahresergebnis / kalk. Ergebnis	153.969,68			104.945,56

(Differenz zwischen kalk. Zins und tats Zins)

Verzinsung Anlagekapital

	31.12.2023		31.12.2022
	€		€
Anlagevermögen zum 31.12 des Jahres (RBW)	11.132.304		11.037.566
./. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-63.494		-329.985
./. Finanzanlagen			
= Betriebsnotwendiges Vermögen	11.068.809		10.707.580
davon ab Abzugskapital			
./. Zweckgebundene Rücklage			
./. Sopo	-3.937.733		-4.042.022
./. EEZ	-1.496.231		-1.598.858
= Zu verzinsendes Kapital	5.634.846		5.066.701
Mittelwert	5.350.773		
Zinssatz (gem. Kalkulation)	1,00 %		
= ansatzfähiger kalkulatorischer Zinsaufwand im Durchschnitt (01.01 - 31.12)	53.508		

Nachkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2023

Angaben aus Jahresabschluss 2023 Bereich Wasser	Aufwendungen Erträge lt. Gewinn- und Verlustrechnung €	kalkulatorische Kosten neutrale Aufwendungen/ Erträge €		Kosten/ Erlöse €
1. Entgeltbedarf				
1.1. Aufwendungen				
Materialaufwand	84.675,94			84.675,94
Personalaufwand	194.532,15			194.532,15
Abschreibungen Anlagevermögen	152.709,80			152.709,80
Sonstige betriebliche Aufwendungen	38.818,69			38.818,69
Wasserentnahmeentgelt	35.283,70			35.283,70
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.100,50	-1.100,50		0,00
Kalkulatorische Zinsen		35.198,00	a)	35.198,00
Sonstige Steuern	872,84			872,84
Summe Aufwendungen	507.993,62			542.091,12
1.2. abzüglich Sonstige Erträge				
aktivierte Eigenleistungen	-1.943,00			-1.943,00
Sonstige betriebliche Erträge	-9.959,96			-9.959,96
Zinserträge	0,00			0,00
Entgeltbedarf	496.090,66			530.188,16
2. abzüglich Entgeltaufkommen				
Grund- u. Mengengebühren	524.783,75			524.783,75
Straßenoberflächenentwässerung				0,00
Auflösung Ertragszuschüsse	1.164,12			1.164,12
Sonstige Umsatzerlöse	17.920,82			17.920,82
Inanspruchnahme Rückstellung KÜ Vorperiode	0,00			
Entgeltaufkommern	543.868,69			543.868,69
Jahresergebnis / kalk. Ergebnis	47.778,03			13.680,53
(Differenz zwischen kalk. Zins und tats Zins)				

Verzinsung Anlagekapital

	31.12.2023		31.12.2022
	€		€
Anlagevermögen zum 31.12 des Jahres (RBW)	3.767.344		3.882.782
./. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-34.139		-95.094
./. Finanzanlagen			
= Betriebsnotwendiges Vermögen	3.733.205		3.787.688
davon ab Abzugskapital			
./. Zweckgebundene Rücklage			
./. Sopo	-187.578		-193.812
./. EEZ	-49.362		-50.526
= Zu verzinsendes Kapital	3.496.265		3.543.350
Mittelwert	3.519.807		
Zinssatz (gem. Kalkulation)	1,00 %		
= ansatzfähiger kalkulatorischer Zinsaufwand im Durchschnitt (01.01 - 31.12)	35.198		

75 - Abwasser		Einheit	2023	Vorjahre				
				2022	2021	2020	2019	2018
1	Tarifikunden Schmutzwasser	WE	1.156	1.191	2.554	2.608	2.556	2.554
2	Anzahl Grundstückskläranlagen	Stk	303	298	293	291	284	281
3	Abwasserkanal	m	49.772	49.772	49.772	49.772	49.726	49.726
4	Hausanschlüsse Schmutzwasser	Stk	1.036	1.035	1.032	1.031	1.025	1.024
5	Entsorgung SW nach Abrechnung	m³	143.095	149.973	159.647	154.699	155.702	157.042
6	Entsorgung SW Biodieselanlage	m³	43.965	49.235	41.923	33.564	40.864	44.953
7	Entsorgung HKA/AG	m³	1.441	929	938	1.032	1.049	1.118
8	Entsorgung BAE, Vorrein.TKA Wamckow	m³	373	330	291	379	541	330
9	SW - Lieferung von WAZ Dabel	m³	55.273	53.427	56.102	59.054	56.422	59.982
10	Regenentwässerung	m²	415.867	417.413	417.361	419.624	415.992	413.008
11	IDM Zulauf KA Stbg.	m³	239.033	243.267	247.649	243.700	243.776	251.757
Summe Entsorgung		m³	244.147	253.894	258.901	248.728	254.578	263.425
Fremdwasser		m³	-5.114	-10.627	-11.252	-5.028	-10.802	-11.668
Fremdwasser		%	-2,14	-4,37	-4,54	-2,06	-4,43	-4,63
Abwasseranfall pro Tag			655	666	678	668	668	690

76 - Trinkwasser		Einheit	2023	Vorjahre				
				2022	2021	2020	2019	2018
1	Tarifikunden Trinkwasser	WE	1.458	1.476	2.951	2.969	2.917	2.912
2	Hausanschlüsse Trinkwasser	Stk	1.466	1.465	1.462	1.461	1.454	1.450
3	Trinkwasserrohrnetz	m	44.930	44.930	44.930	44.930	44.930	44.930
4	Lieferung TW nach Abrechnung	m³	184.829	198.232	207.121	200.055	199.280	213.456
5	TW - Lieferung an WAZ Dabel	m³	57.611	58.814	64.199	64.799	63.935	59.806
6	TW- Lieferung an Biodieselanlage	m³	92.935	101.311	90.040	94.409	108.403	113.563
7	TW Gägelow	m³	2.041	2.645	2.917	2.325	2.240	2.765
8	Eigenbed.,Filterspül.,Rohrbruch,Netz	m³	815	1.795	1.661	2.032	2.153	1.650
9	TW-Verbrauch Bauwasser,Standrohre	m³	828	829	399	960	850	1.979
10	Darbietung WW Sternberg	m³	342.837	364.903	356.760	365.750	369.439	376.930
11	Wassereinkauf Wamckow/Dessin	m³	5.979	6.694	6.731	7751	6.496	12.549
12	Wassereinkauf Sagsdorf	m³	1.026	970	941	1036	1.042	1.044
13	Wassereinkauf Stieten	m³	314	203	395	328	258	658
14	Wasserwerk Klein Görnow	m³	1.161	1.172	1.516	1.158	1.019	1.305
Summe Gesamtdarbietung		m³	351.317	373.942	366.343	376.023	378.254	392.486
Jahresverlust		m³	14.299	12.961	2.923	13.768	3.633	2.032
Jahresverlust		%	4,07	3,47	0,80	3,66	0,96	0,52
Aufbereitungskapazität WW Sternberg		m³/ h	100	100	100	100	100	100
Aufbereitungskapazität WW Kl. Görnow		m³/ h	7	7	7	7	7	7
Einwohnerzahl		Pers.	5751	6066	5900	5890	5890	4868
Verbrauch m3/ Einwohner/ Jahr			32,1	32,7	35,1	34,0	33,8	43,8
Verbrauch l/ EW/Tag			88	90	96	93	93	120

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtet werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.